

Geheimsache Rathaus-Bunker

Wie die Bad Füssinger Gemeinderatssitzung plötzlich zu einem Fall für die nationale Sicherheit wurde

Von Stephan Brandl

Bad Füssing. Das hat bei den Bad Füssinger Ratsdamen und Ratsherren für Verwunderung, ja sogar Missstimmung gesorgt: Der CSU-Antrag auf Ermächtigung des Bürgermeisters, sich um die Ertüchtigung der Rathaustiefgarage als Schutzbunker zu bemühen, wurde zu Beginn der jüngsten Gemeinderatssitzung kurzerhand vom öffentlichen in den nichtöffentlichen Teil geschoben. Aus einem heiklen Grund: Der Bunker-Antrag tangiert Fragen der nationalen Sicherheit, eine öffentliche Gemeinderatsdiskussion darüber könnte quasi Landesverrat sein. Tatsächlich wurde das Gremium zum Stillschweigen verdonnert. Nichts geht nach draußen über den Rathaus-Bunker. Bürgermeister Tobias Kurz: „Wir sind zur Geheimhaltung verpflichtet!“

Dabei ist der „Schutzbunker Rathaustiefgarage“ ein ziemlich offenes Geheimnis. Dass es ihn gibt, weiß wohl jeder, Indizien dafür sind die schweren, dicken Metalltüren an den Aufgängen zum Rathaus und zur Kirche etwa. Aber wo genau sich dieser Bunker dort befindet, darüber wird nur gemutmaßt. Irgendwo zwischen Rathaus und Kirche. Oder führt eine der vielen Türen in der Tiefgarage gar zu ihm dahinter oder ist der Einstieg zum Schutzraum etwa über den Pfarrsaal? Die wahren Details kennen nur die Geheimnisträger im Rathaus.

Tatsache ist, dass die Tiefgarage unter der Kurverwaltung mit ihren über 300 Stellplätzen in den 1980er Jahren beim Rathausbau auch als Schutzraum angelegt wurde. Erzählt wird sich, dass der damalige Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestags in Bad Füssing zur Kur war und seine Sympathie für den Kurort mit ausschlaggebend gewesen sein soll, dass der Bund damals das Geld für den Schutzbunker Rathaustiefgarage in die Hand genommen hat.

Der Schutzbunkerbau fiel damals in eine der Krisenphasen des Kalten Krieges, die mit der atomaren Aufrüstung durch Mittelstreckenraketen begann und mit dem Zusammenbruch des Warschauer



Die Rathaustiefgarage in Bad Füssing mit über 300 Stellplätzen (hier der Bereich zwischen den Aufgängen Rathaus und Kirche) wurde bei ihrem Bau in den 1980er Jahren zugleich als Schutzraum angelegt. Der soll nun ertüchtigt werden, fordert die CSU.

– Fotos: Brandl

Paktes endete. Mit der Neuordnung in Europa sank die Kriegsangst. Die Folge: Nach 1990 wurde das öffentliche Schutzbaukonzept nicht erneuert und die funktionale Erhaltung der Schutzräume im Jahr 2007 nach einer zwischen Bund und Ländern einvernehmlich getroffenen Entscheidung schrittweise eingestellt, auch weil gegen Gefährdungen wie Klimawandel, Naturkatastrophen und Terrorismus öffentliche Schutzräume keinen hinreichenden Schutz bieten. Die ehemaligen öffentlichen Schutzanlagen im Landkreis Passau wurden seitdem nach und nach abgewickelt und die Zivilschutzbindung aufgehoben, die letzten drei im Jahr 2021. Mit einer Ausnahme!

„Sogenannte öffentliche Schutzräume sind nach § 7 Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz (ZSKG) definiert. Als solche Anlagen können u.a. Hoch-, Tiefbunker oder sogenannte Mehrzweckanlagen in Frage kommen. Im Landkreis Passau gibt es derzeit noch eine solche Mehrzweckanlage, die nach § 7 ZSKG der Zi-

vilschutzbindung damit einem Veränderungsverbot unterliegt und entsprechend unterhalten wird. Die genaue Örtlichkeit können wir leider nicht mitteilen. Der Unterhalt erfolgt durch die zuständige Kommune, die Kosten dafür werden über uns als Katastrophenschutzbehörde mit dem Bund abgerechnet“, schreibt das Landratsamt Passau dazu.

Anzeige



Dass es sich bei dieser „Mehrzweckanlage“ um die Bad Füssinger Rathaustiefgarage handeln könnte, liegt auf der Hand. Denn warum sonst würde eine Diskussion über deren Ertüchtigung unter den strikten Geheimhaltungsparagrafen nach Art. 56a Gemeindeordnung (Angelegenheit im Interesse der Sicherheit der

Bundesrepublik) fallen? Auf diesen nämlich wurde Bürgermeister Tobias Kurz am Tag der Sitzung von der Rechtsaufsicht am Landratsamt ausdrücklich hingewiesen. „Deshalb musste der Antrag nichtöffentlich behandelt werden“, sagt Kurz.

Der Rest zum Rathaus-Bunker ist Schweigen, zumindest Rumdrucksen. Der Schutzraum sei Sicherheitsangelegenheit, dazu gäbe es keine Auskunft, weder wo er ist, noch über seine Ausstattung oder seinen derzeitigen Zustand, schon gar kein Foto dürfe man machen, heißt es aus dem Bad Füssinger Rathaus. Warum hier die Frage der nationalen Sicherheit so streng greift, liegt wohl daran, dass es zwischen der Gemeinde Bad Füssing und dem Bund weiterhin Vertragsbeziehungen wegen der Rathaustiefgarage als Schutzbunker gibt. Ein weiteres Indiz dafür, dass es sich bei der Bad Füssinger Tiefgarage um den letzten noch funktionsfähigen Schutzraum im ganzen Landkreis handeln könnte. Bürgermeister Kurz bestätigt zwar diese Ver-

tragsbeziehung, gibt dazu aber keine weitere Auskunft. Der Rathaus-Bunker ist eben strengste Geheimsache!

Deshalb gibt es auch keinerlei Auskunft darüber, ob dem CSU-Antrag in der Geheimsitzung zugestimmt wurde und der Bürgermeister sich nun um die Ertüchtigung der Rathaustiefgarage als Schutzbunker bemühen oder ob er es bleiben lassen soll. Dabei wurde der Antrag just am selben Tag behandelt, an dem Bayerns neuer Bauminister Christian Bernreiter (CSU) ankündigte, über Zuschüsse für kriegssichere Tiefgaragen nachzudenken. „Die Realität hat uns eingeholt“, sagt der Minister im Hinblick auf den Krieg in der Ukraine.

Der plötzlich aufgeflammete Krieg mitten in Europa mit seinen schrecklichen Folgen für die Zivilbevölkerung war auch die Motivation der Bad Füssinger CSU für ihren Bunker-Antrag. „Unser Gedanke ist: Wenn ein solcher Schutzbunker schon baulich da ist, dann soll man ihn auch ertüch-



Weit mehr als Brandschutz: Die schweren Metalltüren an den Tiefgaragenzugängen zeugen vom Bunker-Ausbau.

tigen. Das muss uns der Zivilschutz wert sein“, sagt Gemeinderat Günter Köck. Und der CSU-Ortsvorsitzende und Gemeinderat Daniel Lorenzer ergänzt: „Angesichts der derzeitigen Situation sollte dieses Bauwerk in seiner zusätzlichen Funktion wieder hergestellt werden.“

Befremdlich allerdings findet Lorenzer die Handhabe der Geheimniskrämerei zu diesem Thema, denn: „Zivilschutz geht alle an! Die Bürger müssen doch wissen, wo sie im Ernstfall Schutz finden können – auch wenn dieser Schutzraum hoffentlich nie benutzt werden muss“. Auch SPD-Ratsherr Josef Steidele berichtet von einer „heißen Diskussion“ im Gemeinderat, ob und warum dieses Thema nicht öffentlich behandelt werden darf. „Ich habe mich darüber geärgert und verstehe nicht, was da dran so heikel sein soll“, sagt Steidele. Zumindest das Ergebnis der Diskussion sollte seiner Meinung nach öffentlich gemacht werden. Das müsste dann aber der Bürgermeister tun. Der jedoch will wohl nicht als Landesverräter die nationale Sicherheit der Bundesrepublik aufs Spiel setzen, wenn er verkündet, dass er bei den zuständigen Stellen die Ertüchtigung der Rathaustiefgarage als Schutzbunker anstoßen soll. Lieber sagt er nix dazu – sicher ist sicher.